

Seite 3

Sozial AG unterwegs:  
Sanierungsgebiete Vahrenheide  
und Sahlkamp im Fokus

Seite 8 und 9

Roma in Belgrad:  
Wellblech ist Luxus  
Zuwanderung aus Osteuropa

Seite 5

Haushalt der Region  
Hannover

# GRÜNE SEITEN



BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IN DER REGION HANNOVER

## Was unternimmt Europa gegen die Massenausspähung?

Die Massenüberwachungsprogramme des US-amerikanischen Geheimdienstes NSA und des britischen Geheimdienstes GCHQ haben die Öffentlichkeit schockiert und einen Bewusstseinswandel eingeleitet. Was selbst viele Fachleute technisch nicht für möglich gehalten hätten, wurde bittere Überwachungs-Realität: Die Dienste erfassen jede E-Mail, jedes Telefonat, jede angesurfte Seite. Damit können sie ein Profil unserer Persönlichkeit anlegen und unser ganzes Leben ausforschen. Das macht uns erpressbar und verändert unser Verhalten. Wer sich beobachtet fühlt, ist beispielsweise in vielen Fällen zurückhaltender mit öffentlichen Meinungsäußerungen.



Foto: © momius - Fotolia.com

Grenzen kennen die Dienste bei ihrer Arbeit offensichtlich keine mehr. Die Zeit der Naivität beim Datenschutz muss nun vorbei sein. Für den Schutz personenbezogener Daten brauchen wir scharfe gesetzliche Regeln; das haben EU-Kommission und Europäisches Parlament mit der EU-Datenschutzverordnung vorgeschlagen. Und es ist dringend nötig, dass die Regierungen der EU diese vor der Europawahl im Mai 2014 verabschieden, um nicht unnötig Zeit zu verlieren. Wenn Staaten schon die gegenwärtigen laxen Regeln brechen – so wie es die USA und Großbritannien offenbar in großem Stil tun – darf das nicht ohne Konsequenzen bleiben. Der Einbruch in

### Wie können wir unsere Daten schützen?

Telekommunikationssysteme und Unternehmen muss umgehend auf höchster politischer Ebene verurteilt werden. Außerdem müssen die Ermittlungsbehörden ihre Arbeit aufnehmen, damit das Vertrauen in Demokratie und Rechtsstaat keinen Schaden nimmt.

Im Falle Großbritanniens wäre ein EU-Vertragsverletzungsverfahren angebracht, um den Bruch des EU-Rechts durch den britischen Geheimdienst zu beenden. Bei den USA bleibt Europa nur diplomatischer Druck. Die Aussetzung von Datenaustauschabkommen wie

SWIFT und Safe Harbour wäre nur konsequent, wenn die Datenschutzrechte von EU-Bürgern bedroht sind. Auch die Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen EU und USA sollten erst dann weitergeführt werden, wenn die USA ihre Massenüberwachung beenden. Freihandel und Datenschutz haben miteinander zu tun, denn auch die Weitergabe und der Schutz von Daten sind Teil dieses Abkommens.

**JAN PHILIPP ALBRECHT**  
Europaabgeordneter  
jan.albrecht@  
europarl.europa.eu



# Editorial

Wenn in einem Text von Lehrern, Polizisten oder Piloten die Rede ist, müssen wir uns die Lehrerinnen, Polizistinnen und Pilotinnen mit dazu denken. Denn in einer gleichberechtigten Gesellschaft ist es selbstverständlich, dass man überall Menschen beiderlei Geschlechts findet. Reine Männer- oder Frauendomänen sind so gut wie ausgestorben.

In der Alltagssprache hat das bislang nur wenig Niederschlag gefunden. Im Deutschen macht es einen Unterschied, ob man von einem Lehrer oder eine Lehrerin spricht. Lehrerinnen sind nur Frauen, Lehrer Männer und Frauen. Um zu verdeutlichen, dass man die einen, wie die anderen meint, gibt es verschiedene Kunstgriffe. "LehrerInnen" oder "Lehrer\_innen" beispielsweise sollen deutlich machen, dass beide gemeint sind.

Der Duden gibt das generische Maskulinum vor. Wer "Polizisten" sagt, meint demnach auch Polizis-

tinnen. Um bei Studentinnen und Studenten das Problem zu umschiffen, heißt es neuerdings Studierende und auch die RadfahrerInnen sind im Gesetzestext zu geschlechtsneutralen Radfahrenden mutiert.

Schön ist das Gendern nicht, es erschwert das Textverständnis, werfen Kritiker\_innen ein. Will man stets korrekt weibliche und männliche Form nennen, wird die Sache umständlich und fordert dem Leser, pardon, dem/r Leser/in einiges ab.

In diesem Heft machen wir deshalb ein Experiment, das die Sache radikal vereinfacht. Wir verwenden für alle unbestimmten Gruppen das generische Femininum, die weibliche Form. Diesmal dürfen sich zur Abwechslung mal die männlichen Leser mit gemeint fühlen, wenn von



v.l.n.r: Norman, Janine, Elke, Julian, Urs

Foto: © GRÜNE

Pilotinnen oder SchülerInnen die Rede ist. Und natürlich verwenden wir weiterhin die männliche Form, wenn ausdrücklich ein Mann oder nur Männer gemeint sind.

Wir wollen wissen, wie das bei euch ankommt. Auf Seite 5 findet ihr eine Umfrage, in der ihr uns dazu eure Meinung sagen dürft. Übertreiben wir, wenn wir das generische Femininum verwenden? Bei uns im Redaktionsteam war die Idee nicht unumstritten. Wir sind gespannt, was ihr dazu meint.

Die Redaktion

## Danke Silvia

### Eine sozial-ökologische Aktivistin im (Un-)Ruhestand

Wenn von der Agenda 21 in Hannover die Rede ist, fällt uns ein Name unmittelbar ein: Silvia Hesse! Wer sonst!

Die Einrichtung des Agenda 21-Büros wurde 1995 vom hannoverschen Rat beschlossen. 1996 wurde Silvia Hesse Agenda 21-Beauftragte und damit verantwortlich für den Agenda-Prozess. Sie erfüllte diese Aufgabe sofort mit Leben. Zentral für ihre Arbeit: Netzwerke schaffen. Ein paar Schlagworte zeigen, dass Sie gewichtige Projekte für Hannover verwirklicht hat. Projekte, die bis heute und in die Zukunft wirken und somit NACHHALTIG sind: die homepage für Hannover [www.agenda21.de](http://www.agenda21.de), Kinderwald, Ökoprotif, Verein Wandelwerte e.V., Mig-

ranten für Agenda 21 e.V., fairtrade town Hannover, fairer Handel, Hannover Kaffee, aware & fair mit der Partnerstadt Blantyre in Malawi/Zentralafrika. Dies sind einige Beispiele für das unermüdliche Engagement dieser sozial-ökologischen Aktivistin mit großem Herz!



Lothar Schlieckau und Silvia Hesse

Foto: © GRÜNE

Am 30. September hat Silvia Hesse sich aus dem Rathaus verabschiedet und in den Ruhestand begeben ... was auch immer dies für Silvia bedeutet!? Zum Beispiel ist sie grüne Regionsabgeordnete und dort die kulturpolitische Sprecherin. Und wie wir Silvia kennen, fällt ihr noch vieles für einen erfüllten Un-Ruhestand ein.

Dir, Silvia, für sämtliche Aktivitäten und Vorhaben alles Gute! Wir schätzen Dich und Deine Arbeit sehr und würden uns freuen, wenn wir uns hier und da wieder begegnen würden.

**GÜNTER WULFERT**  
Geschäftsführer Ratsfraktion  
[guenter.wulfert.gruene@hannover-stadt.de](mailto:guenter.wulfert.gruene@hannover-stadt.de)



# Sozial-AG unterwegs

## Eine Info-Radtour durch die Sanierungsgebiete Vahrenheide und Sahlkamp

Die Sozial-AG der Ratsfraktion unternahm im September 2013 eine Radtour durch „Soziale Stadt“ - Gebiete in Vahrenheide und Sahlkamp. Hier stehen viele soziale Indikatoren (zum Beispiel die Transferleistungsquote) auf Rot. Grund genug, sich dort umzusehen.

1. Station: Vahrenheider Markt. Wir treffen Herrn Jarnot von Stadt-UmBau, der als Berater bei der Sanierung mitwirkt: „Viel ist erreicht, beispielweise weniger Leerstände und die Sanierung der umliegenden Wohngebäude. Allerdings gilt das Gebiet um den Markt weiter als benachteiligt.“

2. Station: Flais e.V. in der Duanantstr., einem Verein mit vielen Ideen. „In der Fundgrube ist immer was los und auch die Schulungen sind gefragt“, stellt Herr Behle vom Vorstand fest. Flais ist im Stadtteil, genauso wie u.a. das Stadtteilforum und das Quartiersmanagement verankert.

### Steckbrief Vahrenheide

78 ha, ca. 7.000 Einwohnerinnen, Sanierungszeitraum 1998 – 2013, markantestes Projekt: Abriss Hochhäuser Klingenthal, > 19,5 Mio. Städtebaufördermittel sind eingesetzt worden.

Auf dem Weg zum Sahlkampmarkt ist die Spaltung zwischen Arm und Reich deutlich zu sehen: Über den Einfamilienhäusern am Märchensee thronen die Betonburgen des Sahlkamps.

3. Station: Sahlkamp, Quartiersmanager. Herr Bodamer-Harig berichtet von dem großen Unterschied zwischen Vahrenheide und Sahlkamp: „Hier gehören die Gebäude nicht der GBH, sondern wechselnden Eigentümerinnen. Das erschwert die Sanierung. Bei manchen Gebäuden ist ungewiss, wie es weiter geht.“

4. Station: Bildungsladen von Pro Beruf GmbH. Frau Drzewiec und Frau Mittelstaedt von Pro Beruf be-

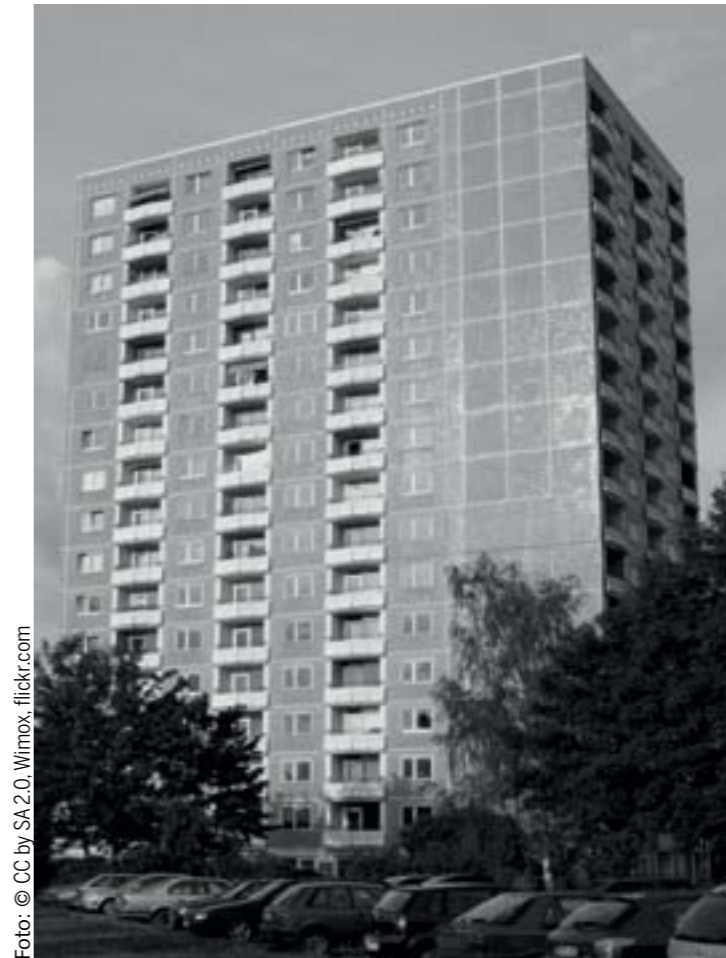


Foto: © CC-by-SA 2.0. Wirmax, flickr.com

### Hochhäuser gehören nicht zu den bevorzugten Wohnlagen

grüßen uns in den frisch renovierten Räumen. „Unser Angebot wird gut angenommen, wir haben zur Zeit mehr Anfragen von Jugendlichen als Kapazitäten“, stellen die beiden fest. Die jungen Leute aus dem Stadtteil kommen zur Nachhilfe und

barschaftlichen Strukturen durch Hauptamtliche unterstützt und erhalten werden.

### Steckbrief Sahlkamp-Mitte

39 ha, 5.183 Einwohnerinnen, Sanierungszeitraum 2010 – 2019, markantestes Projekt: Belebung / Sanierung Sahlkampmarkt, geplant: 9,2 Mio Städtebaufördermittel.

### ZUM NACHLESEN:

Langfassung dieses Textes:

<http://gruenlink.de/nw0>

Sozialbericht 2013: <http://gruenlink.de/nv0>

Sanierungsgebiete: <http://gruenlink.de/nv1>

[www.flais.de](http://www.flais.de)

**KATRIN LANGENSIEPEN**  
Ratsfrau in Hannover  
[katrinlangensiepen@gmx.de](mailto:katrinlangensiepen@gmx.de)



# Die (andere) ständige Vertretung

Einblicke der Grünen-Vertreterin des Oberbürgermeisters von Hannover

Normalerweise hat die Stadt Hannover neben Oberbürgermeister Stefan Schostok drei ehrenamtliche Bürgermeisterinnen, die sich seine Vertretung teilen. Fehlt der Chef, wird die dann „ständige Vertretung“ zur Herausforderung.



Foto: © GRÜNE

Empfang des Oberbürgermeisters von Hiroshima auf der Marienburg

Seit September 2011 bin ich als ehrenamtliche Bürgermeisterin mit zwei Kollegen für die Vertretung des Oberbürgermeisters (OB) zuständig. Regelmäßig nehme ich Termine wahr und überbringe Grußworte der Stadt bei Empfängen, Jubiläen, Richtfesten oder anderen Veranstaltungen. Mit der vorübergehenden Vakanz des OB-Postens durch die Wahl von Stephan Weil zum Ministerpräsidenten im Februar schnellte die Anzahl der Termine jedoch deutlich nach oben. Bernd Strauch (SPD), Klaus-Dieter Scholz (CDU) und ich hatten viel zu tun, den OB bis zum Amtsantritt von Stefan Schostok zu ersetzen. Ich kann nicht sagen wie viele Auftritte wir hatten, aber es waren hunderte. Auch wenn wir leider keinen Grünen küren konnten,

atme ich auf, endlich wieder einen OB zu haben. Er kann diese „ständige Vertretung“ nun endlich ablösen.

## Ein spannender Job mit vielen Einblicken

Es war eine besondere Erfahrung in dieser sowieso interessanten Tätigkeit! Für euch als grüne Bürgermeisterin der Landeshauptstadt unterwegs zu sein macht ohne Zweifel viel Freude. Diese Aufgabe, bringt oft persönliche Herausforderungen mit sich. Meine anfängliche Ernüchterung, Ausschussaktivitäten jetzt reduzieren zu müssen, legte sich schnell. Sofort wurde sichtbar, wie viel Zeit die neue Aufgabe einnimmt und mich begeisterte die Vielfalt der Themenbereiche. Als Repräsentan-

tin der Stadt auf unterschiedlichsten Bühnen Wertschätzung zu vermitteln und Einblicke zu gewinnen ist wunderbar. Es ist beeindruckend, auf Einladung der Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung, die Stadt und ihre Akteure zu erleben. Aber es ist auch eine Möglichkeit unsere Partnerstädte oder die vielen Fachbereiche der Verwaltung kennenzulernen.

Wo ich auch bin, erfahre ich Dank dafür, dass die Stadt Interesse und Anteilnahme zeigt. Die manchmal spürbare Enttäuschung darüber, dass der OB selbst keine Zeit fand, verschwindet sichtbar, wenn realisiert wird, dass er zwar

doppelt so lange redet, aber nur halb so lange bleibt wie seine Vertretung. Und so kommt es auch bei mir inzwischen nicht selten vor, dass bei einem Folgetermin direkt die Vertretung gewünscht wird. Meine Vorgängerin Ingrid Lange könnte ein Lied davon singen, denn sie war eine begehrte Vertreterin. Ihre Nachfolge anzutreten war daher nicht leicht, bedeutet aber auch eine große Ehre, das ist klar!

**REGINE KRAMAREK**  
Stv. Bürgermeisterin LHH  
Regine.Kramarek@hannover-rat.de



# Haushalt der Region Hannover 2014

Seit der Einbringung des Haushaltsplanes 2014 für die Region Hannover am 1. Oktober 2013 haben sich die zunächst guten Rahmenbedingungen dramatisch verschlechtert. Der am 1. Oktober eingebrachte Haushaltsplan 2014 für die Region Hannover sah zunächst nach einem positiven Ergebnis aus. Die gute Vorbereitung der grünen Finanzdezernentin Andrea Fischer und die strikte Einhaltung der Haushaltsdisziplin ließen darauf hoffen, die Rücklagen um 24,7 Millionen Euro aufstocken und die Kommunen der Region nach 41,4 Millionen Euro im Jahr 2013 um weitere 15 Millionen Euro in 2014 entlasten zu können.

Bei der Spitzabrechnung zeigten sich dann aber die Auswirkungen der Tricksereien der alten schwarz-gelben Landesregierung im kommunalen Finanzausgleich (N FAG). Die Berechnungen für das Haushaltsbegleitgesetz 2014, mit dem die Zuweisungen durch das Land geregelt

werden, ergaben einen erneuten Verlust von 28 Millionen Euro für die Region Hannover. Schuld daran ist in erster Linie der durch Schwarz-Gelb eingeführte Flächenfaktor bei der Mittelzuweisung. Die Forderung der grünen Regionsfraktion an unsere Landtagsfraktion dies zu korrigieren, fand Gehör. Der finanzpolitische Sprecher unserer Landtagsfraktion, Gerald Heere, hat der Regionsfraktion zugesagt, das NFAG im Laufe der Jahre 2014/15 zu reformieren. 2014 würde dann der Verlust von 28 Millionen Euro für die Region Hannover mindestens halbiert.

## Infrastruktur stärken

Vor diesem Hintergrund waren die Haushaltsplanberatungen der Regionsfraktion nicht einfach. Zum ersten Mal in der Geschichte der Region liegt dem Haushalt eine so genannte Eröffnungsbilanz zu Grunde. Sie gibt einen umfassenden Überblick über Vermögen und Schuldenstand der Region. Erfreulich hierbei

ist, dass sie mit einer Nettoposition, also Eigenkapital, von 145 Millionen Euro abschließt. Jeder zukünftige Haushalt muss sich daran messen lassen, ob es gelungen ist, dieses positive Ergebnis zu verbessern.

Vorrangig aber müssen wir weiter Kassenkredite abbauen. Dennoch wollen wir Grüne in die öffentliche Infrastruktur investieren. Die energetische Sanierung von Gebäuden und weitere Investitionen in den Umwelt- und Klimaschutz sind uns hier besonders wichtig. Mit der Fertigstellung des Krankenhauses Si-loah steht zudem allen Bürgerinnen der Region im Jahr 2014 ein neues Krankenhaus mit höchstem medizinischen Standard zur Verfügung. Auch die Verbesserung des kulturellen Angebotes in der Region soll dem Rotstift nicht zum Opfer fallen.

**RAOUL SCHMIDT-LAMONTAIN**  
Fraktionsvorsitzender  
raoul@schmidt-lamontain.de



## UMFRAGE

Wie kommt unsere aktuelle Ausgabe der Grünen Seiten im generischen Femininum bei euch an? Welche Form des Genders von Texten zieht ihr vor?

### Verwendung

- a) des generativen Femininums
- b) des generativen Maskulinums
- c) sowohl der weiblichen als auch der männlichen Form
- d) des großen Binnen-I (PolitikerIn)
- e) des Gender Gap (Politiker\_in)

Schreibt eure Meinung an:  
region@gruene-hannover.de

## Windstille in der Region?

In der letzten Ausgabe der Grünen Seiten haben wir eine Umfrage zum Thema Windenergie in der Region Hannover veröffentlicht. Wir wollten wissen „Wie soll die Windenergie in der Region umgebaut werden?“ Der erste Versuch floppt.

Nur sechs Personen beantworteten Fragen zur Windenergie. Ich habe gehört, dass Umfragen nicht immer auf große Resonanz stoßen. Ein befreundeter Redakteur sagte mir: „Also wenn sich zehn Prozent der Leserinnenschaft zurückmelden, hast du ein super Ergebnis. Ist aber themenabhängig.“

Nun hatte ich ein anderes Problem: „Soll ich das jetzt echt auswerten? Das bringt doch nichts.“ Mich überbekam plötzlich eine Befürchtung: „Liest das hier niemand?“ Schnell war ich wieder positiv: „Immerhin haben sechs Menschen die Zeitung bis dahin gelesen.“ Hin-

tergrund der gewonnenen guten Stimmung ist mein Wissen um eine wichtige Prozentzahl im Journalismus: Nur sechs Prozent aller gedruckten Artikel werden gelesen. Bei unserer Auflage waren das zwar keine sechs Prozent, aber immerhin etwas mit sechs. Doch eine Bilanz lässt sich ziehen: „Es gibt eine Kontroverse zwischen Klima-, Tier- und Naturschutz. Dabei äußern sich Befürworterinnen des Ausbaus pro Windenergie kaum.“

**NORMAN SEIBERT**  
Redakteur Grüne Seiten  
Norman.Seibert@gruene-fraktion.region-hannover.de



# Wahl der europäischen Spitzenkandidatin

LIEBE FREUNDINNEN!

Im Oktober hat die Bundesdelegiertenkonferenz in Berlin mich zur deutschen Kandidatin für die ‚greenprimary‘ gewählt. In der greenprimary sind alle Anhängerinnen grüner Politik aufgerufen, unser Spitzenduo für die Europawahl zu bestimmen. Dazu sind seit dem 10. November eure Stimmen im Internet gefragt. Mitmachen darf jede, die in der Europäischen Union wohnt, mindestens 16 Jahre alt ist und erklärt, dass sie den Grünen nahe steht. Hinterlegt werden müssen Telefonnummer und E-Mail-Adresse, um Mehrfachabstimmungen zu verhindern. Jede Teilnehmerin hat zwei Stimmen, die an zwei verschiedene Kandidatinnen gehen müssen. Abgestimmt werden darf bis zum 28. Januar 2014. Das Spitzenduo wird am Ende aus den beiden geformt, die EU-weit die meisten Stimmen bekommen haben. Allerdings muss – nach guter grüner Tradition – mindestens eine Frau dazu gehören. Außerdem sollen die beiden nicht von der gleichen nationalen oder regionalen Liste kommen.

Eure Stimme ist gefragt!

Ich werbe um eure Unterstützung, weil wir wieder eine starke Grüne Fraktion im Europaparlament brauchen. Das gilt erst recht, nachdem wir in Deutschland jetzt eine große Koalition bekommen. Bei vielen Aufgaben, die in Europa warten, wird diese Koalition eine falsche Richtung einschlagen. Ehrgeiziger Klima- und Umweltschutz dürfen jetzt auf keinen Fall zurückgedrängt werden. Der Green New Deal, der Umwelt- und Klimaschutz mit nachhaltiger wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung verbindet, bleibt erst recht in der Krise die richtige grüne Antwort. Ich möchte als europäische Spitzenkandidatin die andere deutsche Stimme im Europawahlkampf sein und zeigen, dass es auch noch eine andere Politik gibt als die von Angela Merkel – gerade was die Krisenpolitik angeht. Ich hoffe aber auch, dass ich unseren grünen Ideen wie ökologische Landwirtschaft, nachhaltige Wirtschaftspolitik und Atomausstieg, europaweit zu mehr Sichtbarkeit verhelfen kann.



Damit uns das gelingt, müssen wir es schaffen, möglichst viele Menschen für die Primary zu mobilisieren! Ich bin gespannt auf die greenprimary. Mitmachen zählt!

Eure Rebecca Harms

## Lohndumping im öffentlichen Auftrag verhindert

Für die Stärkung der regionalen und ökologischen Wirtschaft

Ein Interview von Sebastian Otto mit Maaret Westphely, wirtschaftspolitische Sprecherin der grünen Landtagsfraktion, über das neue Tarifreue- und Vergabegesetz. Nach nur einem dreiviertel Jahr hat Rot-Grün in Niedersachsen ein wegweisendes Gesetz verabschiedet. Es tritt am 1.1.2014 in Kraft.

Was ist neu beim rot-grünen Tarifreue- und Vergabegesetz?

Mit etwa 360 Milliarden Euro bundesweit (17% des BIP) verfügt die öffentliche Hand über ein enormes wirtschaftliches Potenzial und übt zugleich eine wichtige Vorbildfunktion aus. In dem Gesetz wird geregelt, welche Bedingungen das

Land, die Kommunen oder andere Behörden bei der Beauftragung von privaten Unternehmen einhalten müssen und was sie einfordern können. Neu ist, dass neben der Tarifreue nun ein Mindestlohn von 8,50 Euro eingehalten werden muss und auch der Öffentliche Personennahverkehr einbezogen wird.

Was ist das Grüne an dem Gesetz?

Nicht nur eine gute Bezahlung hierzulande, sondern auch ökologische Standards und der Einsatz fair gehandelter Produkte sollen künftig eine größere Rolle beim öffentlichen Einkauf in Niedersachsen spielen. Sehr erfreulich ist, dass die EU-Gesetzgebung nun erstmals erlaubt,

sich dabei auf Gütesiegel zu berufen.

Wie war die Resonanz der Wirtschaft?

Insbesondere Verbände, die kleine und mittlere Unternehmen und das Handwerk vertreten, und die Gewerkschaften, haben das Gesetz begrüßt. Mit diesem Gesetz wollen wir die regionale Wirtschaft stärken, Wettbewerbsverzerrungen entgegenwirken und eine verantwortungsvolle Auftragsvergabe fördern.

**MAARET WESTPHELY**  
Landtagsabgeordnete  
maaret.westphely@  
lt.niedersachsen.de



# Nachrichtendienste außer Rand und Band

Ein Plädoyer für grundlegende Reformen und neue Standards



Foto: © trüffelpix - fotolia.de

Ex-NSA Mitarbeiter Edward Snowden hat eine neue Datenschutzdiskussion ins Rollen gebracht.

Unter Mitwirkung von Grünen Parlamentarierinnen wird in Niedersachsen, im Bund und in Europa aufgedeckt was Nachrichtendienste wirklich machen. Es zeigen sich erschreckende Parallelen.

In den letzten Monaten haben wir viel darüber erfahren, was Nachrichtendienste auf dieser Welt wirklich machen. In Niedersachsen war ein Regierungswechsel mit starken Grünen notwendig, um aufzudecken, dass Journalistinnen, Rechtsanwältinnen und politische Opposition vom Verfassungsschutz beobachtet wurden. Für die Offenlegung der unglaublichen Überwachungsmaßnahmen der amerikanischen und europäischen Nachrichtendienste brauchte es hingegen den Whistleblower Edward Snowden, der nicht nur seinen Job, sondern sogar sein Leben aufs Spiel setzte. Der grüne Bundestagsabgeordnete Ströbele zeigte mit seinem Besuch in Moskau wie kein anderer: Wir können Snowden befragen und sein Wissen nut-

zen. Es bräuchte nur den politischen Willen der Bundesregierung.

Willkür verhindern!

Beide Fälle zeigen, dass Nachrichtendienste nicht nur schwer zu kontrollieren sind, sondern sich auch politisch instrumentalisieren lassen. Das Märchen eines Nachrichtendienstes, der nach objektiven Kriterien Daten über Menschen sammelt, die unsere Demokratie bedrohen, glaubt heute niemand mehr. Es ist klar, dass Nachrichtendienste mindestens so schlecht sind wie ihre eigene Regierung. Sie machen oftmals schlicht das, was technisch möglich ist. Diese Willkür gilt es zu verhindern.

In Niedersachsen müssen wir dies mit einer grundlegenden Reform erreichen. Sie muss die parlamentarische Kontrolle effektiver ausstatten. Aber es braucht auch verbindliche und messbare Standards, die nicht vom Willen des Innenministers

abhängen, sondern von der tatsächlichen Bedrohung einer Gruppe. Man muss es immer wieder wiederholen: Tierschützerinnen, Anti-Nazi-Demonstrantinnen und Castor-Gegnerinnen gehören in keinen Verfassungsschutzbericht! Sie gehören in einen Bericht für außergewöhnliches ziviles Engagement. Das bedeutet für die Zukunft: Der Verfassungsschutz darf nur Gruppen beobachten, deren ausdrückliches Ziel es ist, sich gegen die demokratische Ordnung und die Grundrechte zu richten. Unter Schünemann und Schwarz-Gelb in Niedersachsen war das nicht der Fall.

Rot-Grün muss dafür sorgen, dass ein solcher Missbrauch, egal unter welcher Landesregierung, nicht mehr möglich ist.

Für den Skandal den Edward Snowden auslöste, muss gelten: Fakten klären, Zeugen befragen und die eigenen Nachrichtendienste mindestens genauso kritisch durchleuchten, wie die anderer Staaten. Eine Untersuchung im Deutschen Bundestag ist unerlässlich. Wir wollen wissen, ob der BND vergleichbares macht wie Amerikaner und Briten. In diesem Fall ist Europa schneller gewesen. Denn im Europäischen Parlament tagt seit September wöchentlich ein Sonderuntersuchungsausschuss zu illegalen Geheimdienstaktivitäten in der EU. Vorne mit dabei ein Grüner aus Niedersachsen: Jan Philipp Albrecht.

**KORBINIAN DEUCHLER**  
Sprecher LAG Demokratie & Recht  
deuchler@  
gruene-hannover.de



# Roma in Belgrad: Wellblech ist Luxus

Die Flüchtlingspolitik ist aufgrund der hundertfachen Todesfälle im Mittelmeer unter massive Kritik geraten. Auch die innereuropäische Fluchtbewegung von Roma aus Osteuropa rückt ins Licht der Öffentlichkeit. Belit Onay machte sich ein Bild von der Situation der Roma in Serbien.

Belgrad ist eine wunderschöne und bunte Stadt. Schöne klassische Altbauten reihen sich an wuchtige Bauten sozialistischen Stils. Wie Mahnmale stehen noch Gebäude mit Schäden aus den NATO-Bombardements im Kosovokrieg an einigen Stellen. An einer Ecke biegen wir ab Richtung Karaburma. Dort liegt eine der so genannten Mahalas, eine Roma-Siedlung.

Abseits der Prachtstraße landen wir in einer anderen Welt. Rechts und links des Wegs liegen Haufen aus gesammelten Plastikflaschen. Kleine Kinder sehen unser Auto, springen vom Müllberg herunter, rennen auf uns zu und erkundigen sich auf Albanisch, wer wir sind. Viele der hier lebenden Roma stammen aus dem Kosovo und sind während der Kriegswirren nach Serbien geflüchtet.

Ein paar der jungen Roma, die an der Jugendbegegnung teilnehmen werden, begrüßen uns. Mit 13 Personen fahren wir mit unserem Neunsitzer los nach Beška. Der Ort liegt in der nord-serbischen Vojvo-

dina, einer autonomen Provinz, die vielen verschiedenen Volksgruppen eine Heimat bietet.

Nach einer Kennenlernrunde und der Besprechung des Programmablaufs geht es zum Abendessen, wo eine weitere Gruppe von Roma-Musikerinnen die Essenden unterhält. Die Musik ist beschwingt, fröhlich und hebt die Stimmung. Die meisten der Lieder sind auf Romanes, der Sprache der Roma. Die Texte sind anders als die Melodie, eher sorgenvoll und fast melancholisch.

## Karaburma – der schwarze Ring

Am übernächsten Tag fahre ich mit den Organisatoren der Jugendbegegnung nach Stara Karaburma, dem alten Karaburma. Auch dort befindet sich ein Roma-Viertel. Dieses sei in noch viel schlimmeren Zustand, als die anderen, gibt man uns zu verstehen.

In einer Kurve hört der Asphalt auf; ab hier beginnt die Mahala. Wir gehen weiter auf dem Weg, der einem Acker gleicht. Am Straßenrand

## Zuwanderung aus Osteuropa

Unter Zuwanderung aus Osteuropa werden unterschiedliche Wanderungsbewegungen zusammengefasst.

EU-Bürgerinnen aus Rumänien und Bulgarien genießen Freizügigkeit und dürfen sich seit 2007 in allen EU-Ländern ohne Visum aufhalten. Gut 80 Prozent dieser Zugewanderten sind erwerbstätig. Der Aufenthalt zur Arbeitssuche ist nur in den ersten drei Monaten gestattet. Das Anrecht auf den Bezug von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II ist umstritten.

Bürgerkriegsflüchtlinge aus Ex-Jugoslawien erhielten in den 1990er Jahren anstelle von gesicherten Aufenthaltstiteln oftmals nur Duldungen. Viele wurden bereits abgeschoben oder sind von der Abschiebung bedroht, auch wenn sie einen Großteil ihres Lebens in Deutschland verbracht haben, da Serbien und Bosnien inzwischen als sichere Drittstaaten gelten und es keine stichtagsunabhängigen Bleiberechtsregelung gibt.

In beiden Gruppen gehört ein Großteil der Zugewanderten zur Gruppe der Roma, die in ihren Herkunftsländern diskriminiert werden. Weder im EU-Recht noch im Asylbewerber-Leistungsgesetz wird dieser Umstand bisher angemessen berücksichtigt.

**FREYA MARKOWIS**  
Ratsfrau Hannover  
freyamarkowis@gmx.de



Belit Onay im Interview eines serbischen Nachrichtensenders



Weg in Karaburma: Abwasser aus umliegenden Fabriken macht die „Spielwiese“ der Roma-Kinder zu einem gefährlichen Ort.

liegt Müll. Große Teile des Weges stehen unter Wasser, es sind Abwässer aus den umliegenden Fabriken. In dieser stinkenden Brühe spielen die Kinder, wenn es im Sommer zu heiß werde, erzählt man uns.

Durch die Siedlung ziehen beißende Rauchschwaden der Industrieanlagen. Ein unangenehmer, betäubender Film legt sich auf die Schleimhäute. Wir treffen den Schwager eines unserer Gastgeber.

Häuschen aus den verschiedensten Materialien zusammengesetzt. Die besseren Bleiben haben Wände aus Stein oder Wellblech, manche auch nur aus Stoff, Teppichen oder Pappe. Auf dem Sessel liegt ein kleiner Junge. Er sei schwer krank erzählt uns sein Vater. Er habe Probleme mit den Beingelenken, weshalb er wuchtige Schienen tragen müsse. Außerdem sei seine Lunge angegriffen.



Behausungen aus Blech und Stoff schützen nur notdürftig

Auf dem Weg zu seiner Bleibe, treffen wir Kinder, manche mit nur einem Schuh oder barfuß, andere mit zerrissenen Kleidungsstücken. Sie lächeln uns an und fragen wer wir sind. Als sie hören, dass wir aus Deutschland kommen, rufen sie „Bayern München“ oder „Auf Wiedersehen“.

Der Neffe unseres Gastgebers begleitet uns später noch zurück zur Bushaltestelle. Auf dem Weg dorthin sehen wir zwischen all den Baracken einen Funken Normalität: Eine Kneipe mit offener Tür. Fast trotzig prangt über dem Eingang der Schriftzug „Roma-Club“.

Vollversion des Berichts unter [gruene.lv/belgrad2013](http://gruene.lv/belgrad2013)

**BELIT ONAY**  
Landtagsabgeordneter  
belit.onay@  
lt.niedersachsen.de





## BERICHT AUS DEM LANDTAG

### Verfassungsschutz

Maren Brandenburger, Präsidentin des Niedersächsischen Verfassungsschutzes (VS), deckte unlängst Verfehlungen ihres Hauses auf. Zu Zeiten von Innenminister Schöneemann (CDU) wurden Politikerinnen, Juristinnen und Journalistinnen beobachtet. Im Fall der Rechtsextremismus-Expertin Andrea Röpke beantwortete der VS gar ein Auskunftersuch falsch und verheimlichte so die Überwachung. Gleichzeitig erhärtet sich der Verdacht, dass der VS als politisches Projekt von CDU/FDP missbraucht wurde, so z.B. durch Seminare für Mitarbeiterinnen, veranstaltet durch die Konrad-Adenauer-Stiftung, durch CDU-Wahlkampfautos auf dem VS-Parkplatz und einem Innenminister, der der Union wieder Statur geben will, indem „sie ihr Profil auch über

eine aktive Auseinandersetzung mit dem erstarkenden Linksextremismus“ schärft.

### Zukunftsoffensive Bildung

Mit einem Plus von 420 Millionen Euro für Bildung will das Kabinett von 2014 bis 2017 u. a. den Ausbau der Ganztagschulen vorantreiben, die Inklusion umsetzen, Schulpsychologinnen einstellen und 5.000 neue Krippenplätze schaffen. Ein weiterer aber verständlicher Weise stark umstrittener Teil der Investitionen soll durch Umschichtungen aus dem Kultushaushalt kommen: Zum einen durch eine Angleichung der Unterrichtsverpflichtung der Gymnasiallehrerinnen auf das der Lehrerinnen an den IGSen um eine Stunde auf 24,5 Stunden pro Woche. Vor dem Hintergrund des Bundesdurchschnitts von 25,6 Stunden

pro Woche erscheint uns dies vertretbar. Doch soll im Rahmen des Dialogforums zum Turbo-Abitur nach Möglichkeiten gesucht werden, die Belastungen für die Lehrkräfte zu reduzieren. Zum anderen durch das Aussetzen der Verbesserung der Altersermäßigung. Ohne dieses Aussetzen wären im kommenden Jahr 1.000 Lehrerinnenstellen ersatzlos entfallen, da durch die alte Landesregierung keine Finanzierung dieser Maßnahme vorgesehen war. Wir setzen uns trotzdem vehement dafür ein, dass die Landesregierung in Gesprächen mit den Lehrerinnengewerkschaften und -verbänden über eine zukunftsfähige Altersermäßigung eintritt.

**EURE LANDTAGSABGEORDNETEN  
MAARET WESTPHELY, BELIT ONAY,  
THOMAS SCHREMMER**



## BERICHT AUS DEM BUNDESTAG

### Bericht aus Berlin

Mit diesem enttäuschenden Wahlergebnis hat niemand in der grünen Bundestagsfraktion gerechnet. Wir haben mehrere konstruktive und selbstkritische Debatten über diese Niederlage mit den bisherigen und neuen grünen Abgeordneten geführt. Klar ist: Es gibt nicht die eine Ursache, sondern viele unterschiedliche Aspekte haben zu diesem bescheidenen Resultat geführt. Wir wollen und wir werden daraus für zukünftige (Wahl-)Auseinandersetzungen lernen (siehe meinen Beitrag auf Seite 13).

### Personeller Wechsel

Im Oktober haben wir den neuen geschäftsführenden Fraktionsvorstand gewählt. Unsere Vorsitzenden sind Katrin Göring-Eckardt und Toni Hofreiter. Zur ersten parlamentari-

schen Geschäftsführerin (PGF) wurde Britta Hasselmann gewählt und die weiteren PGFs sind Katja Keul, Steffi Lemke und Anja Hajduk. Auch die Landesgruppe der niedersächsischen Bundestagsabgeordneten hat sich konstituiert und mich erfreulicherweise zum neuen Landesgruppensprecher gewählt. Außerdem haben wir einvernehmlich die Betreuung der Kreisverbände geklärt. Ich freue mich sehr, dass ich weiter für den Regionsverband Hannover zuständig bin und mit euch gemeinsam für eine starke grüne Politik in der Region und Berlin streiten darf!

### Solidarisch was bewegen!

Die feierliche Konstituierung des 18. Deutschen Bundestages am 22. Oktober hat mich bewegt. Ich möchte mich hier noch mal für euer Vertrauen und die große Unterstützung im Wahlkampf bedan-

ken. Das bedeutet mir sehr viel! Ich weiß um die große Verantwortung und möchte auch in den nächsten Jahren eng mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, der Zivilgesellschaft und euch zusammenarbeiten. Wenn ihr Fragen, Feedback oder Kritik habt, spricht mich oder mein Regionalbüro bitte an und wir kümmern uns drum! Ich werde in dieser Legislaturperiode im Bundestag weiter dafür streiten, dass diese Gesellschaft, diese Welt ein Stück besser wird: ökologischer, sozialer, weltoffener, demokratischer. Das geht nicht alleine, sondern nur zusammen. Lasst uns solidarisch was bewegen, ich freu mich drauf!

**EUER BUNDESTAGS-  
ABGEORDNETER  
SVEN-CHRISTIAN-KINDLER**



## BERICHT AUS DEM RATHAUS

### Städtische Bäder

Seit Oktober 2013 liegt die Bäderanalyse für acht städtische Hallen- und sechs Freibäder vor. Sie analysiert das Bäderangebot, den Sanierungsbedarf und Nutzungspotenziale. Anfang 2014 werden die Bäder nach ihrer Bedeutung für Hannover bewertet. Darin fließen die Ergebnisse aus Befragungen der Badegäste ein. Erst wenn diese Daten vorliegen, wird von grüner Seite eine Position entwickelt. Ziel ist ein zukunftsfähiges, attraktives und wirtschaftlich tragfähiges Bäderangebot.

### Gender Budgeting

Im Oktober 2013 hat der Rat den rot-grünen Antrag zur Einführung des Gender Budgeting mehrheitlich beschlossen. Gender Budgeting

meint die Analyse des Haushalts auf der Basis gleichstellungspolitischer Ziele. Ziel ist eine größere Transparenz und Geschlechtergerechtigkeit im städtischen Haushalt. Dies wird zunächst an den Bereichen Stadtteilkulturarbeit und Wirtschaftsförderung erprobt. Die Modellphase ist 2015 beendet, dann soll über eine Ausweitung für den weiteren Haushalt beraten werden.

### Konzessionsverträge

Die mit der Stadtwerke Hannover AG bestehenden Konzessionsverträge über die Versorgung mit Strom, Gas, Wasser und Fernwärme in Hannover laufen im Mai 2014 aus. Im Vorfeld der Verhandlungen für einen neuen Vertrag hatte Rot-Grün

**Grüne Ratsfraktion auf facebook:  
<http://gruenlink.de/eag>**

der Verwaltung Vorgaben gemacht. Insbesondere mit der Klima-Allianz 2030 werden wichtige grüne Ziele umgesetzt: Weniger CO<sub>2</sub>, mehr Fernwärme, mehr erneuerbare Energie. Wichtig für den Stadthaushalt sind zusätzliche vier Millionen Euro Einnahmen aus der neuen Konzessionsabgabe Fernwärme.

### Sportentwicklungsplan

Rot-Grün beauftragt die Verwaltung, im ersten Halbjahr 2014 eine Drucksache zum Sportentwicklungsplan vorzulegen. Diese soll erste Handlungsempfehlungen beinhalten. Für die Begleitung dieser Planung wird eine ExpertInnenrunde eingerichtet. Ihr gehören Vertreterinnen aus Verwaltung, Politik und Sport an.

**EURE RATSFRAKTION**



## BERICHT AUS DER REGION

### Asbesthalde Wunstorf

Das asbesthaltige Material der Fulgurithalde in Wunstorf soll vor Ort gesichert werden. Im Auftrag der Region haben Gutachter von IWB/UKON sieben Varianten erarbeitet, wie die Halde ummodelliert, abgedeckt und die Fläche gegebenenfalls genutzt werden kann: Etwa traditionell mit Erde abgedeckt, bestückt mit einer Photovoltaikanlage als Abdeckung oder einer Umlagerung auf ein Nachbargrundstück. Deutlich wird eines: Die eine richtige Lösung gibt es nicht! Für uns ist wichtig, dass das Risiko von Asbestfaserfreisetzungen minimal gehalten und die Gefahr für das Grundwasser ausgeschlossen wird.

In einem öffentlichen Expertenhearing erhielten wir erste Hinweise, welche Chancen und Risiken die angedachten Sanierungsformen ha-

ben. Damit starten wir gut vorbereitet in die Diskussion. Weitere Informationen:

<http://gruenlink.de/nmO>



Foto: © GRÜNE  
**Immo Heinzel**

### Wechsel in der Fraktion

Seit September 2013 hat der 38-jährige Online Marketing Manager Immo I. Heinzel aus dem Wahlbereich Vahrenwald-List die Nachfolge von Meike Schümer angetreten, die aus persönlichen Gründen ihr Mandat niederlegen musste. Immo hat bereits einen reichen kommunalpolitischen Erfahrungsschatz, denn er ist Bezirksratsherr und stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Bezirksrat Vahrenwald-List.

Für die Regionsfraktion bedeutet dieser Wechsel kein aufwändiges Stühlerücken, da Immo den Verkehrsbereich übernommen hat.

**Herzlich willkommen in der Fraktion  
und viel Glück!**

**EURE REGIONSFRAKTION**

# Das beste Ergebnis bei einer OB-Wahl..

.. bleibt doch hinter den Erwartungen. Ein Rückblick

Presse, politische Konkurrenz und nicht zuletzt wir Grünen selbst waren uns einig: Der grüne Kandidat Lothar Schlieckau kann die Konkurrenz von CDU und SPD in Bedrängnis bringen. Doch das Wahlergebnis sah anders aus. Lag es am Bundestrend, dem taktischen Wahlverhalten der Wählerinnen oder der Zielvorgabe "Stichwahl"?

Hannovers Grüne haben im Januar mit 19,8 Prozent das historisch beste Ergebnis bei einer Landtagswahl erzielt, und Hannovers Oberbürgermeister Stephan Weil wurde Ministerpräsident. Noch am Wahlabend verkündete die grüne Parteispitze auf Pressenachfragen, dass es eine grüne Kandidatin zur OB-Wahl geben wird. Im März nominierten wir Lothar Schlieckau.

Er war der ideale Kandidat: Erfahren und selbstbewusst verkörpert er als Fraktionsvorsitzender der Ratsfraktion ein weltoffenes, soziales und ökologisches Hannover. Lothars Kompetenz und sein Dauereinsatz machen klar: Die Grünen meinen es dieses Mal ernst! Ihr Kandidat hat durch seine Verwaltungserfahrung und Jahrzehnte im Stadtrat einen Vorsprung, den er nutzen wird.

Und doch holte Lothar letztlich nur 11 Prozent, viel weniger, als wir alle erwartet haben. Woran lag das? Der Wahlbericht der Stadt Hannover verweist auf den bundespolitischen Gegenwind. Steuerpläne, Veggietag

und Pädophilie-Debatte haben ihren Anteil am Wahlergebnis, sind aber nicht die alleinigen Gründe.

Unser Ziel lautete von Anfang an, die Stichwahl zu erreichen. Warum



Lothar am Wahlabend in der Faust

lag dann aber der Zweitstimmenanteil bei der Bundestagswahl höher? Wählerinnen gehen in Wahllokale, um die künftige Oberbürgermeisterin zu wählen und nicht, um der Partei aus strategischen Gründen einen Etappensieg zu ermöglichen. Auch verhalten sich Grün-Wählerinnen häufig taktisch, zum Beispiel um ei-

nen schwarzen Oberbürgermeister zu verhindern.

Dennoch war die Kandidatur richtig, genauso der Kandidat. Lothars Wahlkampf hat Eindruck hinterlassen und unseren Forderungen Öffentlichkeit beschert. Kandidaturen bei wichtigen Personenwahlen bleiben unentbehrlich, wenn wir unser Profil schärfen und zeigen wollen, dass wir nicht bloß die kleine Koalitionspartnerin der SPD sind. Lothar hat zwar die Stichwahl verpasst, kann hierbei aber Wegbereiter sein. An dieser Stelle deshalb nochmal: Herzlichen Dank für Deinen unermüdlichen Einsatz, Lothar – ob auf Wochenmärkten, dem Schützenfest, beim Marathon oder unzähligen Podiumsdiskussionen – Du warst großartig!

Dein Stadtvorstand und Rahel

**RAHEL MISSAL**  
Geschäftsführerin SV  
stadt@gruene-hannover.de



## Elternzeitvertretung im Regionalbüro Kindler

Liebe Freundinnen, im Januar erwarte ich Nachwuchs und verabschiede mich daher voraussichtlich bis Dezember 2014 in die Elternzeit, um die Wahlkreisbüroarbeit gegen Windelnwechseln einzutauschen. Wir sehen uns sicher trotzdem noch auf der einen oder anderen politischen Veranstaltung, im Büro von Sven im Grünen Zentrum. Caro

Dort werde ich Carolin in der Zwischenzeit vertreten und Sven in seiner Wahlkreisarbeit in Hannover unterstützen. Mein Name ist Katrin

Langensiepen, ich bin seit 2011 grüne Sozialpolitikerin im Rat der Stadt Hannover und seit letztem Jahr Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft



Carolin Jaekel & Katrin Langensiepen

Soziales. Als Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und BDK-Delegierte habe ich bereits Einblicke auf grüner Bundesebene gewinnen können. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Euch. Katrin

Bei Anregungen, Fragen und Kritik ist das Regionalbüro von Sven unter den gewohnten Kontaktdaten erreichbar:

Tel: 0511/700 36 844  
Mail: sven-christian.kindler@wk.bundestag.de

# Der ökologische Umbau geht nur sozial

Grüne Perspektiven nach der Bundestagswahl

Die Bundestagswahl war für uns eine enttäuschende Niederlage. Auf Bundesebene, in Niedersachsen und im Regionsverband Hannover haben wir selbstkritisch das Wahlergebnis diskutiert und müssen nun die Weichen für die Zukunft stellen.



Nach der Wahl ist vor der Wahl. Sven Christian Kindler plädiert für zwei Schwerpunkte als grüne Perspektive für die Zukunft

Ich möchte mich an dieser Stelle noch mal bei allen Menschen im Regionsverband ganz herzlich bedanken, mit denen ich in den letzten Monaten im Wahlkampf für den Grünen Wandel kämpfen konnte! Für die grünen Perspektiven nach der Bundestagswahl sehe ich nun zwei inhaltliche Schwerpunkte:

### 1. Öko für alle

Wir sind eine ökologische Partei und wir sollten stärker unsere klugen Konzepte bei der Energiewende, nationalem und weltweitem Klimaschutz, bäuerlicher Landwirtschaft, Tierschutz oder Schutz der Biodiversität nach vorne stellen. Aber wir Grüne waren nie und sind keine Ein-Thema-Partei, sondern haben immer auch für soziale Gerechtigkeit hierzulande und global, Gleichstellung der Geschlechter, Minderheitenrechte, Demokratie, Gewaltfreiheit und Bürgerinnenrechte gestritten. Für uns sollte klar sein: Die große ökologische Trans-

formation von Ökonomie und Gesellschaft geht nur sozial. Wir brauchen dazu Bündnispartnerinnen aus allen gesellschaftlichen Bereichen: Gewerkschaften und Beschäftigte genauso wie fortschrittliche und innovative Unternehmen und eine aktive, bunte Zivilgesellschaft. Eine gesplante Gesellschaft mit großen sozialen Ängsten wird nicht den Mut für einen konsequenten ökologischen Umbau aufbringen. Energetisch sanierte Wohnungen und Bio-Essen sollen allen Bürgerinnen offen stehen.

### 2. Solidarischer Freiheitsbegriff

Wir haben es im Wahlkampf zugelassen, dass der politische Gegner uns als "Verbotspartei" gelabelt hat und dafür sind wir zum Teil auch selbst verantwortlich. Das gilt es selbstkritisch zu analysieren, denn unsere freiheitsorientierte, emanzipatorische Politik haben die Bürgerinnen irgendwann leider nicht mehr mitbekommen. Die Erarbeitung

und Fokussierung auf einen solidarischen Freiheitsbegriff muss daher ein grünes Schlüsselprojekt werden. An der Überwachung durch NSA, GCHQ, aber auch durch den Verfassungsschutz wird eine Kernschmelze des Rechtsstaats deutlich, der wir uns entschlossen entgegenstellen müssen. Für uns ist dabei klar, dass die grüne Freiheit eine solidarische ist, welche die Freiheit aller Menschen zum Ziel hat. Es geht dabei auch um die wirkliche Gleichberechtigung der Geschlechter und um die Freiheit von Erwerbslosen, Minderheiten und Flüchtlingen. Die grüne Idee der Freiheit endet nicht an deutschen und europäischen Grenzen. Wir streiten für die Freiheit aller Menschen weltweit, ob in Nairobi, Teheran oder Ronnenberg.

**SVEN CHRISTIAN KINDLER**  
Bundestagsabgeordneter  
sven-christian.kindler@bundestag.de



# Das Bombardement von Guernica

**Täter aus der Region Hannover waren dabei**

Nach 30 Jahren sehe ich das Foto wieder: Junge Leute ersetzen den Straßennamen Boelckestr. durch Guernicastr. Eine kurze Aktion gegen die Täter von damals. Soldaten des Geschwaders Boelcke unterstützten Franco. Sie machten auch die Stadt Guernica dem Erdboden gleich. Jetzt ist es an der Zeit gegen das Vergessen anzugehen, denke ich: „Nun bin ich stellvertretende Bürgermeisterin von Neustadt. Ich könnte die Diskussion um Guernica wieder aufnehmen.“

## Gegen das Vergessen

Diese Enthüllungen Anfang der 1980er Jahre sorgten für große Aufregung in Wunstorf und Neustadt. Vehement wurde alles geleugnet. Man warf dem Arbeitskreis Geschichtsfälschung vor. Der Arbeitskreis forderte unbeirrt eine Partnerschaft mit Guernica, dem die politischen Gremien nicht zustimmten. Private Gruppen aus der Region Hannover besuchten mehrfach die baskische Stadt.

2012 anlässlich des 75. Jahrestages des Bombardements von Guernica wurde eine Gruppe aus der Region Hannover zu den Gedenkfeierlichkeiten eingeladen und im dortigen Rathaus empfangen.

### Dran bleiben: Aufarbeitung nach 30 Jahren!

2012 fertigte der Arbeitskreis Regionalgeschichte eine Ausstellung zur deutschen Beteiligung an der Zerstörung Guernicas an. Schulen in Langenhagen und Neustadt erklärten sich bereit, die Ausstellung zu zeigen.

Als Landtagskandidatin gehörte Wunstorf zu meinem Wahlbezirk. Die damalige stellvertretende grüne Bürgermeisterin, Birgit Mares, und ich baten den CDU-Bürgermeister zu einem Gespräch. Der Bürgermeister war bereit, eine Gruppe aus Guernica zu empfangen, aber einen Raum für die Präsentation der Ausstellung hätte er nicht. Sie sei viel zu ideologisch und einseitig.

Die Presse aber, der wir ein schönes Foto mit entsprechendem Text übersandten, machte eine große Schlagzeile daraus: "Raum für Ausstellung gesucht"

Damit kam Bewegung in die Sache: Das „Forum Stadtkirche“ in Wunstorf zeigte die Ausstellung im Rahmen von vier Veranstaltungen. Das Interesse war sehr groß.

Im November trat beim „Chöre-Festival gegen Rechts“ der Chor URDAIBAI Kantaguena aus Guernica in Hannover und in Wunstorf auf. Im Neustädter Rathaus wurden sie von mir empfangen. Der Besuch des JU52-Museums am Fliegerhorst Wunstorf wurde abgesagt, weil ein Mitglied des AK Regionalgeschichte ein Hausverbot erhielt. Nun erwarten die Grünen im Bundestag eine Antwort des Verteidigungsministeriums auf eine entsprechende parlamentarische Anfrage.

Eine Reise nach Guernica im April kommenden Jahres ist bereits ausgebucht.

**UTE LAMLA**  
Stv. Bürgermeisterin Neustadt  
u.lamla@gmx.de



Foto: © GRÜNE

## Junge Leute ersetzen den Straßennamen Boelckestr. durch Guernicastr.

Anfang der 1980er Jahre deckte der Arbeitskreis Regionalgeschichte auf: Bei der Bombardierung spanischer Städte, u.a. auch von Guernica, wirkte die Luftwaffe der Fliegerhorste Langenhagen, Wunstorf und Delmenhorst mit. Sie unterstützten Franco 1937 bei seinem Putsch. Soldaten des Geschwaders Boelcke transportierten in JU52-Maschinen die Francoanhänger von Spanisch-Marokko auf die Iberische Halbinsel und bombardierten später zusammen mit italienischen Fliegern spanische Städte. Guernica wurde dem Erdboden gleich gemacht.

## IMPRESSUM

Grüne Seiten sind das Mitteilungsblatt des Regionsverbands Hannover von Bündnis 90/Die Grünen, Senior-Blumenberg-Gang 1, 30159 Hannover.

An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet: Carolin Jaekel, Sven-Christian Kindler, Norman Seibert, Michèle Eichhorn, Raoul Schmidt-Lamontain, Ulrich Schmersow, Rebecca Harms, Stefan Körner, Jan Philipp Albrecht, Korbinian Deuchler, Maaret Westphely, Belit Onay, Thomas Schremmer, Patrik Drenke, Günter Wulfert, Eva Vojinovic, Freya Markowis, Regine Kramarek, Katrin Langensiepen, Katrin Studier, Rahel Missal, Christian Gailus, Urs Mansmann.

Redaktionsteam: Julian Bühler, Janine Drolinvaux, Urs Mansmann, Norman Seibert, Elke Wohlfarth (V.i.S.d.P.).

Druck: Lister Copy- und Büro-Service GmbH Pelikanstraße 13 A, 30177 Hannover. Gedruckt auf 100 Prozent Recycling-Papier. Grüne Seiten werden kostenlos an alle Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Regionsverband Hannover verschickt. Ausgabe 01/14 erscheint voraussichtlich im April 2014.



**Bündnis 90/Die Grünen**  
Senior-Blumenberg-Gang 1  
30159 Hannover  
Tel. 0511/300 88 66,  
Fax 0511/300 89 66

region@gruene-hannover.de  
www.gruene-hannover.de

**Bankverbindung:**  
Kontonr.: 84 18 700  
Bank für Sozialwirtschaft  
Bankleitzahl: 251 205 10



**DIE GRÜNE JUGEND TRIFFT SICH**  
JEDEN MITTWOCH UM 18.00 UHR  
IM GRÜNEN ZENTRUM.

**INTERESSENTINNEN SIND**  
HERZLICH WILLKOMMEN!

# Sieben Kilo sind nicht genug

**Der Erhalt der Biodiversität muss jetzt umgesetzt werden!**

Der Landschaftsrahmenplan der Region Hannover wurde uns jetzt vorgelegt. Immerhin, die Printausgabe wiegt 7 Kilogramm! Viel Planungsgewicht. Nun müssen Taten folgen!

Biodiversität bedeutet die Vielfalt innerhalb und zwischen Arten und die Vielfalt von Ökosystemen. Ihr Erhalt ist existenziell für die Menschen. Bereits 2011 haben wir daher den Beitritt zum Biodiversitätsbündnis beschlossen. Die Region Hannover hat daraufhin die Deklaration „Biologische Vielfalt in Kommunen“ unterschrieben und sich somit dem Ziel verpflichtet die Biodiversität zu erhalten.



Schmetterling: Kleines Wiesenvögelchen auf Wundklee Foto: © Schmersow

Maßnahme konkret erarbeitet und umgesetzt!

## Macht mit bei der Umsetzung!

Dieser umfassende Fachplan ist eine geeignete Grundlage für ein Maßnahmenprogramm. Mit einem runden Tisch wollen wir die Verwaltung unterstützen, in 2014 dieses Pro-

gramm aufzustellen. Wo unsere besonderen Highlights in der Region liegen und wie jede einzelne von euch ihren Beitrag zum Schutz der Biodiversität leisten kann, haben wir in einem Falblatt dargestellt. Ihr könnt es im Fraktionsbüro bestellen oder hier herunterladen:

<http://gruenlink.de/lvh>

**ULRICH SCHMERSOW**  
Regionsabgeordneter  
ulrich.schmersow@t-online.de



## MITGLIEDSBEITRÄGE UND SPENDEN

Wir freuen uns über jede Spende und sind von der regelmäßigen Zahlung der Mitgliedsbeiträge abhängig. Der Mitgliedsbeitrag beträgt ein Prozent des Nettoeinkommens. Beitragsanpassung dringend erwünscht! Hierzu reicht ein Anruf oder eine Mail. Auch Einzugsermächtigungen könnt ihr uns ganz einfach telefonisch oder per Mail (region@gruene-hannover.de) erteilen!

Bei Fragen meldet euch in der Geschäftsstelle.



# Zeigefinger runter!

Die Bundestagswahl steckt mir noch in den Knochen. Noch auf der grünen Wahlparty hatte ich auf ein zweistelliges Ergebnis gesetzt, aber freundlicherweise wollte niemand mit mir wetten, das wäre teuer geworden. Richtig Stimmung wollte ob des Ergebnisses nicht aufkommen, die Schadenfreude über das Ausscheiden der FDP macht die eigene Wahlniederlage nicht viel erträglicher.

In meinem Bekanntenkreis habe ich gespürt, warum es gegen uns lief. Wir Grünen werden als Spaßbremsen wahrgenommen, die mit erhobenem Zeigefinger moralisch einwandfreies Verhalten einfordern und mit Ge- und Verboten erzwingen wollen. Nein, das sind wir nicht, das ist nicht mein Selbstverständnis und auch nicht das der Parteifreundinnen. Aber wir kommen so rüber.

Die Diskussion läuft derzeit so gar nicht in unserem Sinne. Unser Engagement für Gleichberechtigung wird nicht als Einsatz für Frauen wahrgenommen, sondern gegen Männer. Nichtraucherinnenschutz kommt als Raucherinnengängelung beim Wähler an, der Einsatz für gesunde Lebensmittel als Kampf gegen die Landwirtinnen und Schutz von Radfahrerinnen, älteren Menschen und Kindern im Straßenverkehr als Kampfansage gegen Autofahrerinnen.

Die Sehnsucht nach Naturidylle boomt, Umweltschutz und Naturnähe sind eigentlich en vogue, aber wir sind erfolglos. Wir müssen den Menschen besser erklären, wo wir hin wollen, wie eine grüne Gesellschaft aussehen soll. Unsere Anhängerinnen und Stammwählerinnen wissen das, bei vielen anderen ist davon nur ein Zerrbild angekommen.

Wir müssen uns für die Freiheit stark machen. Nicht für die Freiheit, eine Kneipe vollzuqualmen oder mit 50 durch Wohngebiete zu kacheln, sondern für die Freiheit, unbeobachtet zu sein, seine Meinung ohne Angst vor Konsequenzen frei sagen zu können und Politik mitgestalten zu dürfen.

Und wir sind erfolgreich, wenn wir solche Politik machen. Hans-Christian Ströbele zeigt, wie es geht. Der Teufelskerl fährt nach Moskau, trifft dort den Whistleblower Edward Snowden und fordert Asyl für ihn in Deutschland. Von solchen Aktionen hätte ich gerne mehr. Dann wird man uns nicht mehr als Oberlehrerinnen und Müllpolizistinnen wahrnehmen.



**Lehrer Lämpel aus Max und Moritz (1865) - Vierter Streich, Wilhelm Busch**

**URS MANSMANN**  
 Bezirksrat Misburg-Anderten  
[urs.mansmann@gruene-hannover.de](mailto:urs.mansmann@gruene-hannover.de)



## TERMINE

**Do, 5.12. 19:00-21:00**  
 Philosophieren über politische Theorie, Konsum und den Rest der Welt. Aus der Reihe „Einfach mal so bei Petra ...“ bieten wir euch dieses Mal die Gelegenheit, fernab des politischen Tagesgeschäfts über das Thema Konsum zu philosophieren. Weitere Infos hier: <http://gruenlink.de/nmt>  
 Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, Hannover

**Mo, 09.12. 18:00-20:00**  
 Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) - neuer Hoffnungsträger der Rechtspopulisten? Interner Informations- und Diskussionsabend für Grüne Mitglieder, mit Alexander Häusler und Sven-Christian Kindler, Üstra Remise, Goethestr. 19, Hannover

**Mo, 16.12. 18:00-20:00**  
 AG Kultur, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, Hannover

**Di, 17.12. 18:30-21:00**  
 AG Land und Tier, Weihnachtsessen, Restaurant Hiller, Blumenstraße 3, Hannover

**Do, 09.01. 19:00-21:00**  
 Parteirat, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, Hannover

**Mo, 13.01. 18:00-20:00**  
 AG Kultur Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, Hannover

**Di, 14.01. 18:15-20:15**  
 AG Sport, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, Hannover

**Di, 14.01. 18:00-20:00**  
 Mitgliederversammlung Stadtverband, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, Hannover, UG

**Do, 16.01. 19:00-21:00**  
 Wege einer gemeinwohl orientierten Wohnungspolitik, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, Hannover, UG

**Di, 21.01. 19:00-21:00**  
 Regionale Plattform zum Fairen Handel, speziell für grüne Ratsleute, Raum 62, Haus der Region Hildesheimerstr. 18, Hannover

**Fr, 24.01. 17:00-22:00**  
 Mitgliederversammlung Regionsverband, Kurt-Hirschfeld-Forum, Burgdorfer Straße 16, 31275 Lehrte

**Di, 28.01. 19:00-22:00**  
 Einfach mal so bei Petra... Konsolenspiele spielen, Grünes Zentrum, Senior-Blumenberg-Gang 1, Hannover

**07.-09.02.**  
 BDK Europa in Dresden

**Do, 27.02. 18:00-20:00**  
 Diskussionsabend zur europäischen Flüchtlingspolitik mit Ska Keller (MdEP) und Sven Christian Kindler (MdB). Weitere Infos unter: <http://gruenlink.de/o8p>